

gesetzlich vorgeschriebener Bestandteil der Substitutionsbehandlung

- Frauenspezifische Drogenhilfeangebote
- Bereichsübergreifende Zusammenarbeit zwischen der Drogenhilfe und den Verantwortlichen im Kindergarten, in der Schule und Jugendarbeit bei der Drogenprävention und
- Ein verbessertes Übergangsmanagement für Drogenabhängige: Vom Entzug zur Therapie und zur sozialen und beruflichen Integration (Ansätze finden sich u.a. in der Klinik Maria-Hilf/ ehemals Alexianer).

Das ausführliche Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen Krefeld zur Kommunalwahl 2009 finden Sie im Internet unter: www.gruene-krefeld.de und in weiteren Faltblättern zu folgenden Themen:

1. Natur und Umwelt
2. Arbeit und Wirtschaft
3. Soziales und Gesundheit
4. Kinder und Jugendliche
5. Integration und Migration
6. Kultur und Denkmalpflege
7. Frauenpolitik
8. Sport
9. Schule
10. Stadtplanung und Innenstadtlebung
11. Verkehr
12. Verwaltung, Liegenschaften und innere Sicherheit
13. Haushalt und Finanzen

V.l.s.d.P. Heidi Matthias, Roßstr. 200, 47798 Krefeld

Weitere Informationen über Bündnis 90/Die Grünen Krefeld und die KandidatInnen finden Sie auch im Internet unter: <http://www.gruene-krefeld.de>. Das Büro des Kreisverbandes in der Roßstraße 200 (Fon: 02151/77 73 44, Fax 02151/78 64 93) ist geöffnet: Montag 14.00 – 19.00 Uhr, Dienstag bis Donnerstag 9.00 – 14.00 Uhr. Per E-Mail sind wir unter kreisverband@gruene-krefeld.de zu erreichen.

ZEIT FÜR GRÜN.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



3. Soziales und Gesundheit

Wahlprogramm
Kommunalwahl 2009



Bei 40 Mill. Beschäftigten wurde der höchste Beschäftigungsstand erreicht, zugleich jedoch ein trauriges Tief von Vollzeitbeschäftigten mit nur 20 Mill. Damit steigt auch die Armut und die Abhängigkeit von Hartz IV. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Selbst Arbeit bietet häufig keinen Schutz mehr. Staatliche Hilfen für zu gering Verdienende sind eine für alle Beteiligten unbefriedigende Lösung. Die GRÜNEN kämpfen gegen solche Niedriglöhne, setzen sich auch in Krefeld für den Mindestlohn ein und stellen sich der Herausforderung, soziale Ungerechtigkeiten auszugleichen, alle gesellschaftlichen Gruppen zu integrieren und eine solidarische Stadtgesellschaft zu ermöglichen, in der alle Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft, sozialem Status, Bildung und gesundheitlicher Situation ein selbstverantwortetes Leben ohne Armut führen und ohne Diskriminierung miteinander leben können. Dazu gehört entgegen der Rückzugspolitik der CDU/FDP in der Landesregierung und in Krefeld vor allem der Erhalt des sozialen Sicherungsnetzes u.a. mit dem Arbeitslosenzentrum Krefeld, dem Freiwilligenzentrum und dem Ausbau der Schuldner- und Verbraucherberatung.

ARMUT BEKÄMPFEN – KULTURELLE UND GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE GEWÄHRLEISTEN

Hartz IV ist ein Kinderarmutsprogramm: Fast ein Viertel aller Krefelder Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren leben in Bedarfsgemeinschaften nach SGB II/ Hartz IV. Konkret bedeutet das z.B.: 2,57 Euro für die tägliche Ernährung oder knapp 2 Euro für Bildung. Dies ist zu wenig. Familien mit zu niedrigem Einkommen brauchen daher Unterstützung. Deshalb unterstützen wir das soziale Engagement der „Krefelder Tafel“, der „Brücke“ (Emmaus), des „täglichen Brotes“ und vieler anderer Initiativen.

Das wollen die GRÜNEN:

- Ausbau von Beratung und Beihilfen bei Schwangerschaft und Geburt (Baby-Erstausrüstung)
- Ausbau des SKF-Ellen-Projektes (Was bedeutet es, ein Kind zu versorgen?) und Schutz vor Gewalt
- Finanzierung einer auch für Einkommensschwache erschwinglichen Schul- und Kindergartenspeisung (vgl. Wahlprogramm Kinder und Jugend)
- Befreiung vom Eigenanteil für Lernmittel (vgl. Wahlprogramm Schule)

■ Ausbau der Ganztagschulen

Hartz IV hat das soziale Klima in unserem Lande nachhaltig verändert und sozialpolitische Arbeit in den Kommunen noch wichtiger gemacht. Die Absicherung von Lebensrisiken, die Ermöglichung eines menschenwürdigen Lebens, die Schaffung von Chancengleichheit – dies sind einige der Themen, um die auch die Krefelder GRÜNEN hartnäckig ringen. Mobilität ist zweifellos eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Rückkehr in den Arbeitsmarkt, auch aber für die Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben insgesamt. Wie aber mobil sein, wenn der Hartz IV-Regelsatz für fremde Verkehrsleistungen nur rund 14 Euro vorsieht, ein Vierer-Ticket aber bereits über 7 Euro kostet?

Die GRÜNEN fordern daher nach Köln, Dortmund und Bochum auch in Krefeld die

- Einführung eines VRR-Sozialtickets für Sozialhilfe- und ALG II-EmpfängerInnen

Auf dem Weg hin zu einer sozialen Stadt stehen aber noch zahlreiche weitere Punkte auf der Agenda, z.B.:

- Erweiterung des Krefeld-Passes um

ZEIT FÜR VERÄNDERUNG.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



deutliche Preissenkungen für Theatertickets

- Übernahme der vollen Heizkosten für Bedarfsgemeinschaften nach Hartz-IV nach vorherigem Einsatz von Energieberatern nach dem Frankfurter Vorbild
- Gewährleistung und Effektivierung der Schuldnerberatung für alle Betroffenen, d.h. auch für SozialhilfeempfängerInnen und Arbeitslose
- Verstärkte Präventionsarbeit auch in Schulen und Ausbildungsstätten besonders für Jugendliche, die häufig z.B. durch übermäßigen Handy-Gebrauch in die Schuldenfalle geraten
- Deutliche Verbesserung der außerhäuslichen Kinderbetreuung besonders für Alleinerziehende; Erhalt der Alleinerziehenden-Treffs
- Unterstützung und Vernetzung der bestehenden Hilfsangebote für obdachlose Menschen
- Einführung einer Sozialberichterstattung, die dank verbesserter Erhebungsmethoden zu umfassenden Daten und damit auch zur besseren Einsicht in unterschiedliche Notlagen führt

ARBEITSLOSIGKEIT BEKÄMPFEN

Jenseits bundespolitischer Belange muss von Seiten der Stadt für eine

fortlaufende Verbesserung der Beratung in allen Bereichen gesorgt werden. Auskünfte dürfen nicht mehr nur auf Anfrage erfolgen. Der Antragsteller muss offensiv nicht nur über seine Pflichten, sondern auch über seine Rechte informiert werden. Das beinhaltet den

- Erhalt von unabhängigen Anlaufstellen und Beratungsinstanzen (Arbeitslosenzentrum, SKM u.a.)
- Eine angemessene personelle Ausstattung sowie die kontinuierliche Qualifizierung der MitarbeiterInnen (z.B. auch Schulungen zur Beratung von Frauen mit Gewalterfahrung), denen auch bessere Aufstiegsmöglichkeiten im Fachbereich Soziales/in der ARGE geboten werden müssen (Leistungsförderung)
- Höhere, zuverlässige und dauerhafte Standards bei der Betreuung und Vermittlung von ALGII-BezieherInnen: Wir fordern das Fördern!
- Verbesserung der technischen Ausstattung bei der ARGE mit Verwaltungs- und Auszahlungsprogrammen
- Verbesserung der Arbeitssituation in der Krefelder ARGE durch Aufhebung der Begrenzung von Arbeitsverträgen.

Überdies fordern die GRÜNEN für Krefeld:

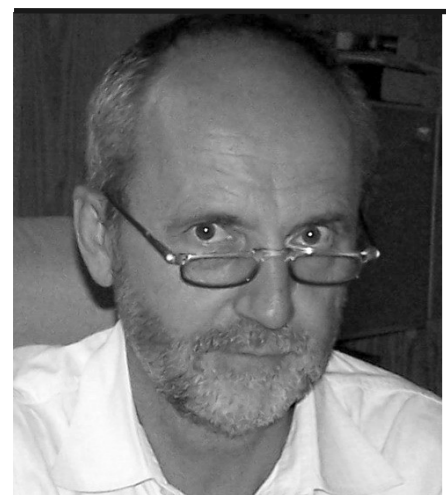
- Ein verbessertes Übergangsmanagement von der Schule in den Beruf

- mit frühzeitiger Berufsorientierung
- Eine Verstärkung von Schulpraktika nach den positiven Erfahrungen mit dem Betrieb-und-Schule-System
- Ausbau von Berufspatenschaften
- Die Umsetzung des grünen Konzeptes Dualplus (Ausbau überbetrieblicher Ausbildungsstellen) für jugendliche Langzeitarbeitslose in Krefeld, da bundesweit bislang nur 33% der jugendlichen Langzeitarbeitslosen den Ausstieg aus HartzIV schaffen.

DIE BARRIEREFREIE STADT

Besondere Lebenssituationen wie Behinderung und Krankheit, aber auch das Lebensalter dürfen keine Barriere darstellen, die eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben beschränkt. Die demographische Zunahme älterer Menschen in unserer Gesellschaft stellt Anforderungen an eine altersgerechte Stadt.

Daher fordern die GRÜNEN nach dem Vorbild des Wohnprojektes des Gemeinsam e.V. in der Hansastrasse, der Lebenshilfe in Hüls, des Projektes Mehrgenerationenhaus für Krefeld an der Lutherstraße, des Vereins für Integriertes Wohnen in Krefeld e. V. (hier speziell für das Josefsviertel) oder des Projektes



„Wer arm ist, lebt ungesund und ist von Bildung und Kultur weitgehend ausgeschlossen. Wir setzen uns als Grüne in Krefeld dafür ein, dass diese Gleichung zur Vergangenheit gehört. Schulbuchfreiheit und das kostenlose Mittagessen in Ganztageeinrichtungen für Kinder, das Sozialticket für Krefeld und eine bessere Aufstellung der ARGE sind Teile unseres Forderungskatalogs.“

Karl-Heinz Renner, Kandidat für den Rat

„Junge und alte Menschen wohnen gemeinsam“ an der Gladbacher Str. 239 des Zukunftsforums:

- Möglichkeiten des solidarischen Zusammenlebens aller Generationen und behinderter und nicht behinderter Menschen
- Schaffung von Infrastrukturen für kleine soziale Netze
- Kurze, sichere und barrierefreie Wege
- Hilfen bei der Gründung von Wohn- und Hausgemeinschaften, Unterstützung neuer Formen des Zusammenwohnens der Generationen
- Qualitätsmanagement für den ambulanten und stationären Pflegebereich
- Durchlässigkeit der Einrichtungen
- Rehabilitation vor ambulanter Versorgung vor stationärer Versorgung
- Unterstützung pflegender Angehöriger (i.d.R. Frauen) z.B. durch Tagespflegehäuser
- Sicherung der Pflege und der Renten
- Förderung und Ausbau der Altern-treffs

Politik für Menschen mit Behinderungen ist nicht nur Sozialpolitik! Menschen mit Behinderungen arbeiten, haben Kinder, sie nehmen am ÖPNV teil, sie interessieren sich für Kunst und Kulturangebote, sie wollen am Leben in der Gemeinschaft teilnehmen wie alle anderen auch. Politik für Menschen mit Behinderungen muss daher grundsätzlich in allen Bereichen verankert sein.

Dafür stehen die GRÜNEN:

- Eine flächendeckende Versorgung mit integrativen Einrichtungen, die das gemeinsame Spielen, Lernen und Leben von behinderten und nicht behinderten Kindern und Jugendlichen und die notwendige

sonderpädagogische Betreuung möglichst wohnortnah gewährleisten

- Verbesserte Präventionsmaßnahmen mit frühzeitiger Information und Beratung über Chancen und Möglichkeiten, eine drohende Schädigung zu erkennen und eventuelle Behinderungen abzuwenden, zu beseitigen oder zumindest zu mildern.
- Barrierefreiheit im öffentlichen Raum; Sprachausgaben und Anzeigen an Bahnhöfen und Haltestellen
- Initiierung von Maßnahmen zur Schaffung und Sicherung von Beschäftigungsverhältnissen bei öffentlichen wie privaten Trägern zur beruflichen Rehabilitation und Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt
- Sicherstellung bzw. Ausbau eines bedarfsgerechten Angebotes an selbstbestimmten und individuellen Wohnformen, z.B. behindertengerechte Wohnungen und betreute Maßnahmen für Einzel- und Gruppenwohnen; Menschen mit Behinderungen dürfen nicht gegen ihren Willen in stationären oder teilstationären Einrichtungen untergebracht werden
- Gewährleistung eines ausreichenden und qualifizierten Behindertenfahrdienstangebotes

In zunehmendem Umfang haben sich in den letzten Jahren für viele Bereiche Selbsthilfegruppen gebildet. Jede einzelne dieser Gruppen, aber auch die bestehende Koordinationsstelle muss in ihrer Arbeit gestärkt werden.

GESUND LEBEN

Gesundheitspolitik ist mehr als die Sicherung der medizinischen und psychosozialen Versorgung. Sie muss die ökologischen und sozialen Lebensbedingungen der Menschen miteinbe-

ziehen. Daher ist die Beseitigung oder Verringerung der Umweltbelastungen und der Schutz der natürlichen Ressourcen ein zentraler Bestandteil jeder Gesundheitsförderung. Die Gesundheit des Einzelnen muss Vorrang vor wirtschaftlichen Überlegungen haben.

Dafür stehen die GRÜNEN:

- Strukturelle, inhaltliche und personelle Stärkung des Fachbereichs Gesundheit
- Vernetzung der Bereiche Soziales und Gesundheit
- Förderung der gesunden Ernährung und Bewegung als Teil der Erziehung
- Förderung von Vereinen und Ausbau von Ganztagsangeboten
- Schutz der Beschäftigten und Erhalt hoher beruflicher und pflegerischer Standards im Helios Klinikum
- Erhalt und Stärkung der in der AIDS-Prävention bestehenden Strukturen sowohl bei der Stadt als auch bei der AIDS-Hilfe

Ziel der Drogenpolitik muss die Verbesserung der Lebenssituation von Drogenkonsumenten ebenso wie die Verringerung der Begleiterscheinungen des Konsums illegaler Drogen sein. Jeder Drogentote in Krefeld ist ein Toter zuviel.

Deshalb fordern die GRÜNEN:

- Aufbau einer Drogentherapeutischen Ambulanz (auch für Fixer als Gesundheitsraum zu nutzen).
- Sicherstellung des sonstigen niedrigschwelligen Angebotes (Streetwork, Tagesaufenthalt, berufliche Wiedereingliederung etc.) sowie der aufsuchenden Sozialarbeit
- Unterstützung von Selbsthilfegruppen z.B. durch sozialpädagogische Begleitung
- Finanzielle und personelle Sicherstellung der psychosozialen Betreuung als unumgänglicher und

